№ 158
A 80
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Freitag 3. April 1925
V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beil.-gen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark. mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Dr. A. Graf Montgelas, Berlin. Unverl. Manuskr. werd. nur zurückges. w. Porto beil.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Am Dönhoff 3600—3693, für den Fernverkehr Am Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Einigung auf Marx und Braun erfolgt.

Der Volksblock der Republikaner im Reiche und in Preußen.

Verzicht Dr. Höpker-Aschoffs.

Was jeder Republikaner herbeiwünschen mußte, ist gestern erreicht worden: die Einigung des verfassungstreuen Volksblocks — der Demokraten, des Zentrums und der Sozialdemokraten — auf eine gemeinsame Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl am 26. April. Die offizielle Proklamierung der Sammelkandidatur Marx wird vielleicht schon heute erfolgen, jedenfalls aber nur noch eine reine Formalität sein. Gleichzeitig ist zwischen den drei Parteien Einigung darüber erfolgt, daß sie bei der heute vormittag stattfindenden Wahl des preußischen Ministerpräsidenten geschlossen für Otto Braun stimmen.

Die Verhandlungen in den Fraktionszimmern haben sich gestern, wie das bei wichtigen Entscheidungen die Regel ist, länger hingezogen, als vorausgesetzt wurde. Vom Zentrum war der Parteivorstand versammelt. Für ihn lag keine Veranlassung vor, formell zu beschließen, denn bereits am Dienstag hatte sich das Zentrum einmütig für die Kandidatur Marx und am Mittwoch für die Wahl Otto Brauns zum preußischen Ministerpräsidenten ausgesprochen. In gemeinsamer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses und des Parteivorstandes wurde in der siebenten Abendstunde folgende Entschließung gefaßt:

„Der Parteiausschuß ist für die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der Verfassungsparteien für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, wenn durch Verhandlungen mit dem Zentrum und den Demokraten die Voraussetzungen hierfür geschaffen werden können."

Der Parteiausschuß beschloß ferner, zur Entgegennahme eines Berichtes über diese Verhandlungen am Freitag wieder zusammenzutreten. Eine Stunde später hatte auch der Parteivorstand der Demokraten nach eingehender Aussprache die folgenden Beschlüsse gefaßt:

1. Der Parteivorstand billigt einstimmig die Haltung der Parteivorsitzenden bei den bisherigen Verhandlungen.
2. Der Parteivorstand bevollmächtigt die Parteivorsitzenden, die Verhandlungen wegen der Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Abschluß zu führen und das Ergebnis am nächsten Sonntag dem Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen."

Die Reichstagsfraktion schloß sich diesen Beschlüssen an. Der Parteiausschuß wurde sofort zum kommenden Sonntag in den Reichstag einberufen.

In den Entschließungen der Demokraten und der Sozialdemokraten ist der Name Marx nicht ausdrücklich genannt, aber es war selbstverständlich, daß die Sammelkandidatur Marx gemeint war. Das wurde auch ausgesprochen in dem interfraktionellen Ausschuß der drei Parteien, der nachher zusammentrat, um die gegenseitigen Beschlüsse auszutauschen. Die Beratung währte nur wenige Minuten. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, Abgeordneter Fehrenbach, machte noch einmal Mitteilung von der Nominierung des früheren Reichskanzlers Marx durch das Zentrum. Dieser Kandidatur wurde von den Demokraten und den Sozialdemokraten zugestimmt. Ein offizieller Beschluß ist aber gestern noch nicht formuliert worden; der interfraktionelle Ausschuß wird zu diesem Zwecke noch einmal, voraussichtlich heute, zusammentreten, und bei dieser Gelegenheit auch die Art des gemeinsamen und einheitlichen Vorgehens im Wahlkampfe verfügen.

In dem sozialdemokratischen Beschluß ist von „Voraussetzungen" die Rede. An diesem Wort ist gestern in den Kreisen der Rechten viel herumgedeutet worden; es wurde verbreitet, daß die Sozialdemokratie für ihre Zustimmung zu der Sammelkandidatur Marx nicht nur die Garantie für eine vierjährige Dauer eines Kabinetts Braun in Preußen, sondern vom Zentrum auch den Austritt aus dem Kabinett Luther gefordert habe. Daran ist kein wahres Wort. Eine der sozialdemokratischen Voraussetzungen war die formelle Zustimmung der anderen Parteien zu einer ausgesprochenen Sammelkandidatur der verfassungstreuen Parteien, die zweite die Wahl Otto Brauns zum preußischen Ministerpräsidenten. Das war nicht neu und aus den Verhandlungen während der zwei letzten Tage bekannt. **Die Bahn für ein Kabinett Braun in Preußen ist inzwischen freigemacht worden durch die Weigerung des Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff, die am Dienstag auf ihn gefallene Wahl zum Ministerpräsidenten anzunehmen.** Dr. Höpker-Aschoff hat gestern mittags an den Landtagspräsidenten das folgende Schreiben gerichtet:

„Sehr verehrter Herr Präsident! Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß ich die Wahl zum Ministerpräsidenten, die gegen meinen Willen erfolgt ist, nicht annehmen kann. Mit vorzüglicher Hochachtung Ihr sehr ergebener

Dr. Höpker-Aschoff."

Die Intrige der Rechten.

Auch über die Vorgeschichte dieses Schreibens sind gestern von den Rechtsparteien stark übertriebene Mitteilungen verbreitet worden. Es wurde von einem schweren Konflikt zwischen den Demokraten und den Sozialdemokraten gesprochen, sogar von einer Krise in der Weimarer Koalition. Unnötig zu sagen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Es ist nicht zu bestreiten, daß gestern bei einem Teil der demokratischen Fraktion die Auffassung vorherrschte, man dürfe Dr. Höpker-Aschoff nicht so ohne weiteres verzichten lassen, wenn sich die Möglichkeit ergebe, für ein Kabinett Dr. Höpker eine stabile Mehrheit zu gewinnen. Das war die Wirkung der Intrigue, die die Rechtsparteien mit Hilfe der Wirtschaftsparteien angezettelt hatten, um ein Kabinett Braun zu verhindern. Es gab Fraktionsmitglieder, die das Angebot der Wirtschaftspartei für seriös, weil aus der Angst vor der Auflösung geboren, hielten. Daß es nicht ernst gemeint war, hat sich später ergeben, als die Wirtschaftspartei den ersten Unterhändler abschüttelte und erklärte, es hätte sich bei diesem Angebot bedingungsloser Unterstützung des Kabinetts Höpker nur um eine „unverbindliche Fühlungnahme" gehandelt; bei offiziellen Verhandlungen würde die Wirtschaftspartei darauf bestehen müssen, daß nicht nur die Sozialdemokraten Otto Braun und Severing dem Kabinett fernbleiben, sondern auch der Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer, der dem Zentrum angehört, ausgeschaltet werde; außerdem würden auch noch einige andere Bedingungen gestellt werden.

So ist nachträglich der eklatante Beweis dafür erbracht, daß es sich nur um ein Manöver der Rechten gehandelt hat; es hat seinen Zweck verfehlt. Immerhin hat es darüber gestern in dem interfraktionellen Ausschuß der Landtagskoalition Meinungsverschiedenheiten gegeben und eine Auseinandersetzung, die nicht ohne Verstimmung geblieben ist. Aber diese Differenz ist ausgeglichen. Und wie geringe Wirkung sie auf die praktische politische Entscheidung übt, das wird sich heute zeigen, wenn die demokratische Landtagsfraktion, die für 10 Uhr vormittags einberufen ist, zu dem gleichen Beschluß gelangt wie am Mittwoch das Zentrum, für die Kandidatur Otto Braun einzutreten und alle Stimmen auf ihn zu vereinigen.

Otto Braun wird heute neuerlich zum preußischen Ministerpräsidenten gewählt werden. Gewiß ist es die Absicht der Koalitionsparteien, daß das Kabinett Braun stabil bleibt. Dieses Ziel wird bei gegebenem Anlaß durch die Auflösung des Landtages und den Appell an die Wähler erreicht werden. Die Deutschnationalen haben gestern neuerlich Landtagswahlen schon am 26. April gefordert. Das läßt sich technisch nicht mehr durchführen. Aber die Neuwahlen selbst sind den Deutschnationalen sicher. Wir glauben nur, daß die Rechte sich gar nicht so auf sie freut. Denn nach den Ergebnissen vom 29. März ist den republikanischen Parteien die Mehrheit gewiß; und dann werden die politischen Sabotageakte der Rechtsparteien ihr Ende haben. Dann wird endlich wieder eine stetige Regierung in Preußen am Ruder sein, wie es 3½ Jahre lang zum Segen Preußens der Fall gewesen ist.

Im Reiche aber ist für die republikanischen Parteien die Parole bereits gegeben: Am 26. April jeder Mann und jede Frau zur Urne und jede Stimme für den Sammelkandidaten des verfassungstreuen Volksblocks: Wilhelm Marx.

Die 26 Prozent.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 2. April.

Die Regierung wird am Dienstag im Unterhause um die Ermächtigung nachsuchen, vorläufig das Gesetz zur Regelung der Reparationsabgabe auf von Deutschland eingeführte Waren bis auf weiteres außer Kraft setzen zu dürfen. Aus dieser Ankündigung geht hervor, daß nun endlich zwischen der deutschen Regierung, der englischen Regierung, dem Generalagenten für die Reparationen und dem Transferkomitee ein vollständiges Uebereinkommen erzielt worden ist, die bisher von jeder einzelnen deutschen Warensendung erhobene 26prozentige Reparationsabgabe durch eine monatliche Pauschalzahlung abzulösen. Da die englische Regierung nicht die Aufhebung des Gesetzes beantragt hat, ist darauf zu schließen, daß man von englischer Seite erst feststellen will, ob das alte oder das neue Verfahren ertragreicher ist, bevor man dem neuen Verfahren endgültig den Vorzug gibt.

Zollwünsche des Saargebiets.

Bericht für die „Vossische Zeitung".

* **Saarbrücken**, 2. April.

Die Vertreter der saarländischen Wirtschaft haben in Paris ein Dokument überreicht, in dem die saarländischen Forderungen in der zwischen Deutschland und Frankreich zu regelnden Zollfrage, im wesentlichen in folgenden Punkten zusammengefaßt sind:

1. Die saarländische Industrie soll nach wie vor zollfrei denjenigen Ueberschüssen ihrer Produktion nach Deutschland ausführen dürfen, den sie weder in Frankreich noch im übrigen Ausland unterzubringen vermag. Das gilt besonders für die Erzeugnisse der Eisenindustrie, der keramischen und der Glasindustrie. Auch wird zollfreie Einfuhr der saarländischen Kohle nach Deutschland gefordert, da die Kohlengruben die Brotgeber für den größten Teil der Bevölkerung sind.

An zweiter Stelle wird zollfreie Einfuhr deutscher Waren nach dem Saargebiet gefordert. Die verschiedenen Positionen des französischen Zolltarifs sollen daraufhin geprüft werden, welche Waren für die unbedingt notwendige zollfreie Einfuhr in Frage kommen.

Die saarländische Eisenindustrie fordert im besonderen eine andere Behandlung als für die lothringische Eisenindustrie vorgesehen ist, weil die lothringischen Produktionsbedingungen günstiger sind als die saarländischen. Der Vertreter des französischen Handelsministers Serrnys betonte demgegenüber mit großer Entschiedenheit, Frankreich könne vom zollpolitischen Standpunkt aus die saarländische Eisenindustrie nicht besser behandeln als die lothringische. Eine solche Sonderbehandlung sei unvereinbar mit dem Grundsatz der Gleichheit und Unteilbarkeit des französischen Zollsystems. Mithin könne Frankreich einen solchen Wunsch bei Deutschland nicht vertreten. Serrnys ließ dann durchblicken, man werde fordern, daß der heutige Eisenzollsatz von 10 auf 4 Mark ermäßigt werde, da zu solchen Bedingungen Frankreich und die Saarindustrie Eisen nach Deutschland ausführen können. Auch werde Frankreich nicht zugeben, daß Deutschland dem Saargebiet durch eine außervertragliche Regelung Zollfreiheit für seine Eisenausfuhr gewähre. Die im Saargebiet engagierte französische Schwerindustrie erstrebt eine Regelung der Frage im Einvernehmen mit Lothringen, hält aber eine Sonderregelung für das Saargebiet für möglich.

In der Frage der Glas- und der keramischen Industrie bemerkte Serrnys, Frankreich werde sich für ein zollfreies Kontingent einsetzen. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden mit den Vertretern der saarländischen Wirtschaftskreise in Saarbrücken fortgesetzt.

Inzwischen bleibt die Lage der saarländischen Eisenindustrie noch unsicher. Der Absatz stockt nach allen Seiten. Aus Frankreich kommt fast keine Nachfrage, die süddeutschen Abnehmer fordern Tragung der Zollgebühren durch die Saarwerke, und auch der überseeische Markt bleibt verschlossen.